

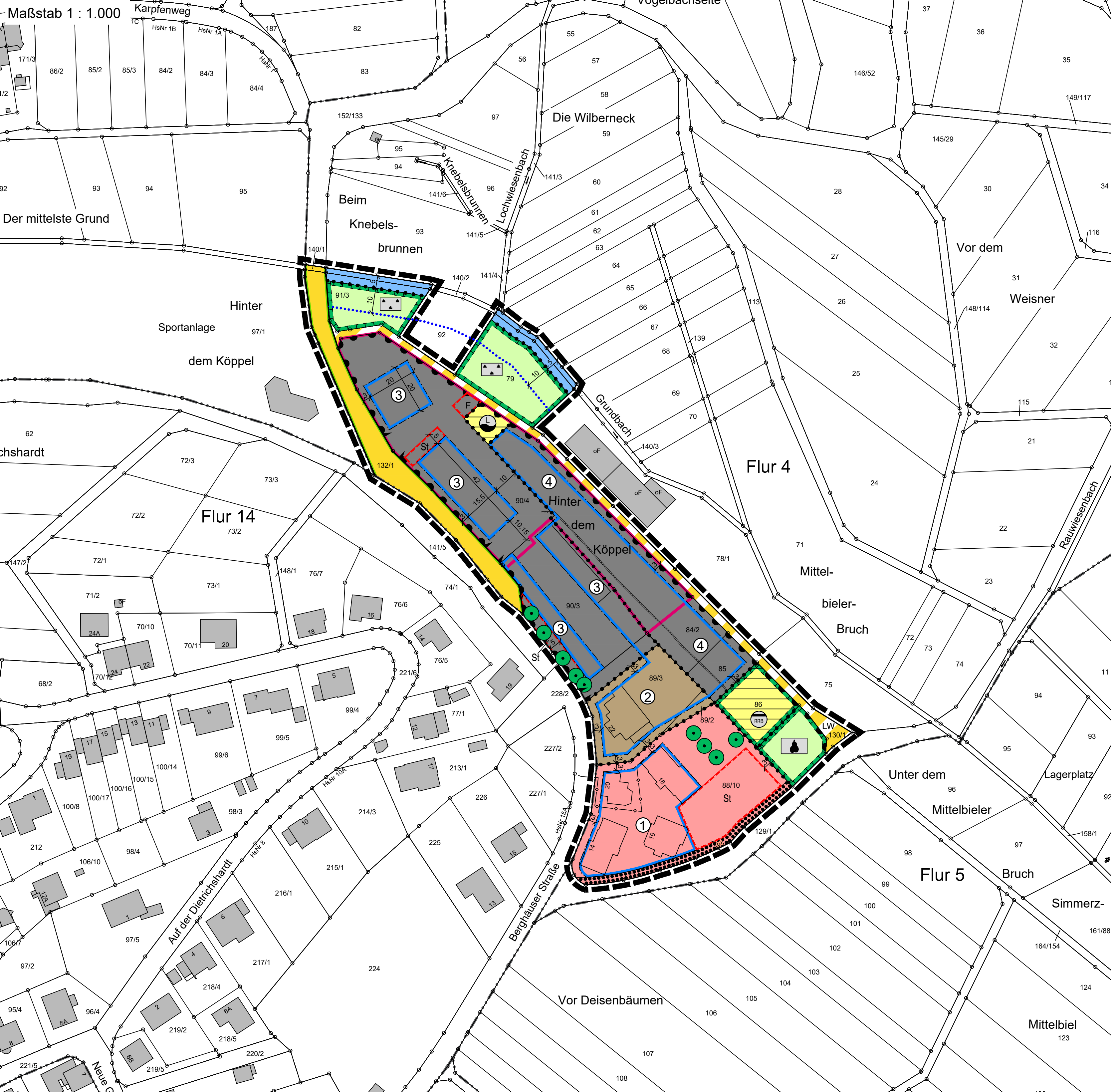
Stadt Solms, Stadtteil Niederbiele

Bebauungsplan Nr.17 und Vorhabenbezogener Bebauungsplan

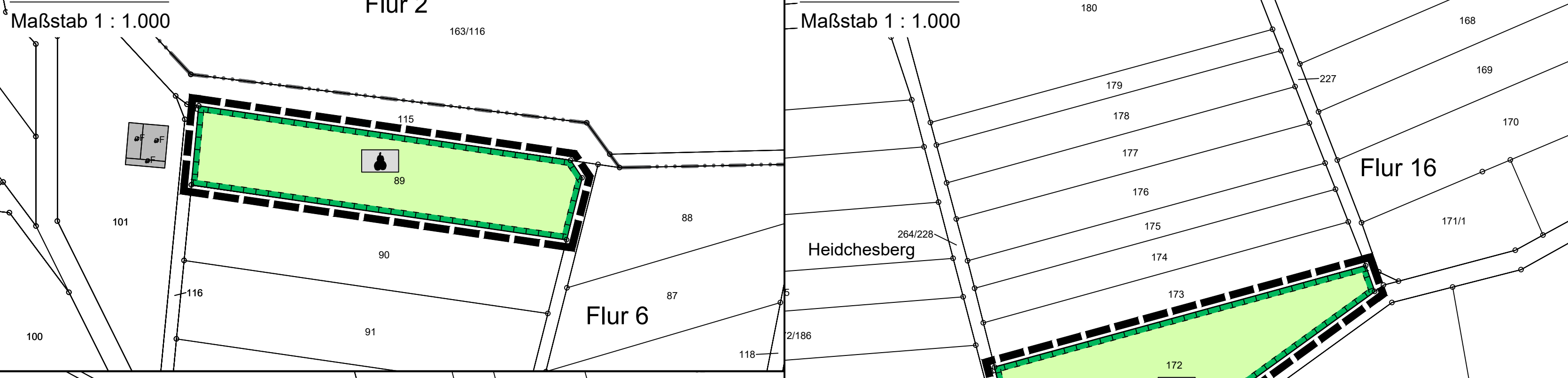
"Berghäuser Straße"

2. Änderung und Erweiterung

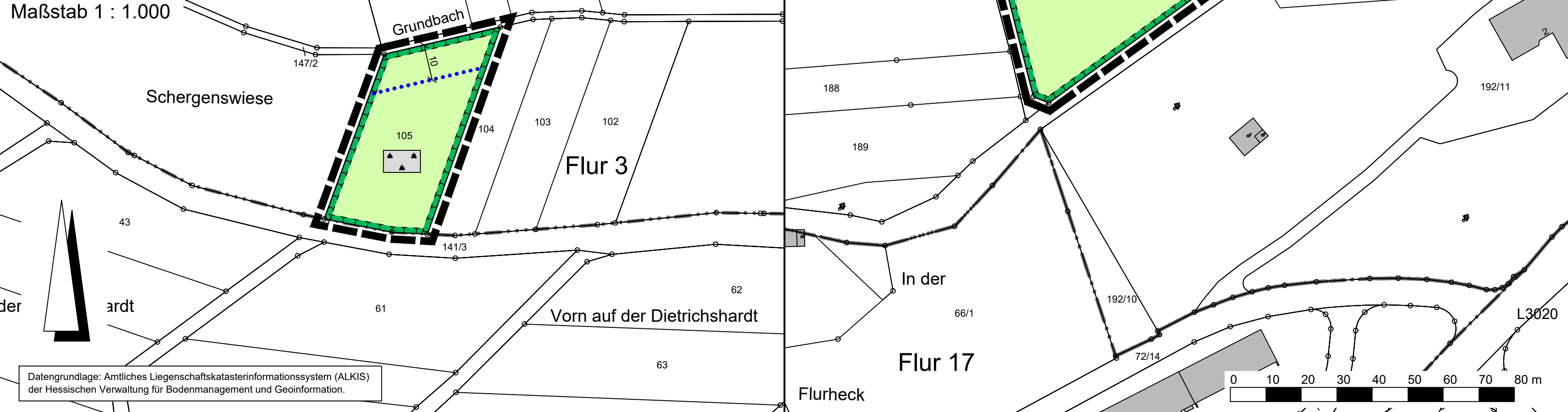
Plankarte 1



Plankarte 2



Plankarte 3



Datengrundlage: Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS) der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation.

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08.08.2020 (BGBl. I S. 1728),
Baunutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786),
Planzeichenverordnung 1990 (PlanZV) 90/ i.d.F. der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 S. 58),
zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057),
Hessische Bauordnung (HBO) vom 28.05.2018 (GVBl. S. 198), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.06. 2020 (GVBl. S. 378),
Hessische Gemeindeverordnung (HGO) i.d.F. vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 07.05.2020 (GVBl. S. 316).

Zeichenerklärung

Katasteramtliche Darstellung

---	Flurgrenze
---	Flurnummer
90/3	Flurstücksnummer
---	vorhandene Grundstücks- und Wegeparzellen mit Grenzsteinen

Planzeichen

Art der baulichen Nutzung

WA	Allgemeines Wohngebiet
MI	Mischgebiet
GE	Gewerbegebiet
GEe	Eingeschränktes Gewerbegebiet

Maß der baulichen Nutzung

GRZ	Grundflächenzahl
GFZ	Geschossflächenzahl
Z	Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß
	Höhe baulicher Anlagen als Höchstmaß in m über Bezugspunkt, hier:
OKGeb.	Oberkante Gebäude

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

---	Baugrenze
---	überbaubare Grundstücksfläche
---	nicht überbaubare Grundstücksfläche

Verkehrsflächen

---	Straßenverkehrsflächen (öffentlich)
---	Straßenbegrenzungslinie
---	Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, hier:
LW	Landwirtschaftlicher Weg
---	Ein- bzw. Ausfahrten und Anschluss anderer Flächen an die Verkehrsflächen; hier:
---	Bereich ohne Ein- und Ausfahrt
---	Einfahrtbereich

Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen; Anlagen, Einrichtungen und sonstige Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken

---	Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen; Zweckbestimmung:
---	Abwasser (Regenrückhaltebecken)
---	Löschwasserversorgung
---	Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen
---	Stromkabel (nicht eingemessen)

Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses

---	Wasserflächen
-----	---------------

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

---	Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft
---	Entwicklungsziel: Streuobstwiese
---	Entwicklungsziel: Extensivgrünland wechselliefernder Standorte
---	Entwicklungsziel: Extensivgrünland frischer Standorte
---	Erhalt von Laubbäumen
---	Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Sonstige Planzeichen

---	Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen; Zweckbestimmung:
St	Stellplätze
F	Fläche für die Feuerwehr
---	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
---	Abgrenzung unterschiedlicher Art und unterschiedlichen Maßes der baulichen Nutzung

Sonstige Darstellungen

---	Gewässerrandstreifen
---	Bestehende Stützmauer (Lage unverbindlich)
---	Bemaßung (verbindlich)
---	Abgrenzung Vorhabenbezogener Bebauungsplan

Nutzungsschablone

Nr.	Baugebiet	GRZ	GFZ	Z	OKGeb.
①	WA	0,4	0,8	II	-
②	MI	0,6	1,2	II	-
③	GEe	0,8	1,6	-	11,0m
④	GE-Lagerfläche	-	-	-	-

Bei Konkurrenz von GRZ und überbaubarer Grundstücksfläche gilt die engere Festsetzung.

1 Textliche Festsetzungen (BauGB / BauNVO)

Für den räumlichen Geltungsbereich gilt: Entgegenstehende textliche Festsetzungen des bisher rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 17 „Berghäuser Straße“ und der 1. Änderung werden durch die vorliegende 2. Änderung und Erweiterung und den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan ersetzt.

1.1 Art der baulichen Nutzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB:

- 1.1.1 Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO gilt für das Allgemeine Wohngebiet mit der lfd. Nr. 1:
Betriebe des Beherbergungsgewerbes, sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe und Tankstellen sind unzulässig.
- 1.1.2 Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 5 und § 6 Abs. 2 BauNVO sowie § 1 Abs. 6 und § 6 Abs. 3 BauNVO gilt für das Mischgebiet mit der lfd. Nr. 2:
Tankstellen und Vergnügungsstätten werden von der Zulässigkeit ausgeschlossen.
- 1.1.3 Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 5 und § 1 Abs. 6 Nr. 2 BauNVO sowie § 8 BauNVO und § 6 BauNVO gilt für das eingeschränkte GE (GEe) mit der lfd. Nr. 3:

1. Zulässig sind nur Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe, die das Wohnen nicht wesentlich stören sowie Wohnungen für Aufsichts- und Betriebspersonal sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter.
2. Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude, Tankstellen, Anlagen für sportliche Zwecke, Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke sowie Vergnügungsstätten sind unzulässig.

- 1.1.4 Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 5 und § 1 Abs. 6 Nr. 2 BauNVO sowie § 8 BauNVO und § 6 BauNVO gilt für das GE Lagerflächen mit der lfd. Nr. 4 zulässig sind lediglich Lagerflächen, Nebenanlagen sowie Stellplätze.

- 1.1.5 Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 9 BauNVO gilt für das eingeschränkte Gewerbegebiet lfd. Nr. 3 und das Gewerbegebiet lfd. Nr. 4:
Einzelhandelsbetriebe sowie Verkaufsstellen von Gewerbe- bzw. Industriebetrieben, die sich ganz oder teilweise an Endverbraucher wenden, sind nicht zulässig. Ausnahmsweise zulässig sind nur solche Einzelhandelsbetriebe, die in unmittelbarem räumlichen und betrieblichen Zusammenhang mit produzierenden Gewerbe- bzw. Industriebetrieben stehen und nicht mehr als insgesamt 200 m² Verkaufs- und Ausstellungsfläche haben.

1.2 Maß der baulichen Nutzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB:

- 1.2.1 Als unterer Bezugspunkt für die Oberkante Gebäude wird festgelegt: Gemessen ab Oberkante Erdgeschoss-Rohfußboden.

- 1.2.2 Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 20 Nr. 3 BauNVO:
Bei der Ermittlung der Geschossfläche sind die Flächen von Aufenthaltsräumen in Geschossen, die keine Vollgeschosse i.S. der Hessischen Bauordnung (HBO) sind, einschließlich der zu ihnen gehörenden Treppenträume und einschließlich ihrer Umfassungswände mitzurechnen.

- 1.2.3 Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 12 Abs. 6 und § 14 Abs. 1 BauNVO gilt:
PKW-Stellplätze sind innerhalb der dafür ausgewiesenen Bereiche sowie den überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

1.3 Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB und § 9 Abs. 1a BauGB:

- 1.3.1 Gehwege, Stellplätze, Stellplätze und Garagenzufahrten sowie Hofflächen i.S. von untergeordneten Nebenanlagen sind in wasserdurchlässiger Weise zu befestigen, also z.B. mit Schotterrasen, Kies, Rasengittersteinen oder weitgehendem Pflaster, sofern wasserwirtschaftliche Belange nicht entgegenstehen. Das auf diesen Flächen anfallende Niederschlagswasser ist zu versickern. Bei Betriebs-, Lager- und Hofflächen sowie Anlieferungsflächen ist aus Gründen der Betriebssicherheit eine wasserundurchlässige Befestigung zulässig.

- 1.3.2 Entwicklungsziel: Naturnahes Regenrückhaltebecken
Maßnahmenempfehlungen: Das Regenrückhaltebecken ist naturnah zu gestalten. Die Flächen zur Regenrückhaltung sind als unbefestigtes Becken anzulegen und durch Einsatz mit regionaltypischem und standortgerechtem Saatgut als Extensivgrünland zu entwickeln. Alle Flächen sind anschließend zweimal jährlich zu mähen. Das Schnittgut ist abzutransportieren, eine Düngung ist unzulässig.

1.4 Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB:

- 1.4.1 Entwicklungsziel: Streuobstwiese (Plankarte 1, Flurstück 87, Flur 5, Gemarkung Niederbiele; Plankarte 2, Flurstück 88, Flur 6, Gemarkung Niederbiele)
Maßnahmenempfehlung: Innerhalb der Maßnahmenflächen ist je angefangene 100 qm ein hochstämmiger Obstbaum anzupflanzen. Nach Möglichkeit sind hierzu in Geltungsbereich des Bebauungsplans (Plankarte 1) vorhandene und durch die Planung betroffene Obstbäume zu verpflanzen. Die Obstbäume sind fachgerecht zu pflegen, Ausfälle sind zu ersetzen. Für die Neuanlage des Grünlandes ist regionaltypisches Saatgut zu verwenden oder das Heumischsaverfahren anzuwenden. Das Grünland ist extensiv in Form einer ein- bis zweischürigen Mahd zu bewirtschaften. Schnittgut ist abzutransportieren, eine Düngung ist unzulässig. Alternativ zur Mahdnutzung ist eine extensive Beweidung bei 1-2 Weidegängen pro Jahr zulässig. Falls erforderlich kann eine Nachmahd vorgenommen werden.
- 1.4.2 Entwicklungsziel: Extensivgrünland wechselliefernder Standorte (Plankarte 1, Flurstück 79 und Flurstück 91/3, Flur 4, Gemarkung Niederbiele; Plankarte 3, Flurstück 105, Flur 3, Gemarkung Niederbiele)
Maßnahmenempfehlung: Die Flächen sind jeweils als ein- bis zweischüriges Grünland zu bewirtschaften. Während der Reproduktionsphase von *Maculinea nausitrus* und *M. teleius* zwischen 15. Juni und 15. September ist keine Mahd zulässig. Das Schnittgut ist abzutransportieren, eine Düngung ist unzulässig. Alternativ zur Mahdnutzung ist eine extensive Beweidung bei 1-2 Weidegängen pro Jahr im Durchtrieb bzw. mit mobilem Weidezaun (ohne Zufütterung) zulässig. Falls erforderlich kann eine Nachmahd vorgenommen werden. Der Uferandstreifen ist bei Beweidung auszusäumen. Vorhandene Ufergehölze sind zu erhalten.
- 1.4.3 Entwicklungsziel: Extensivgrünland frischer Standorte (Plankarte 4, Flurstück 172, Flur 16, Gemarkung Niederbiele)
Maßnahmenempfehlung: Die Fläche ist als Extensivgrünland anzulegen und dauerhaft zu pflegen. Für die Neuanlage des Grünlandes ist regionaltypisches Saatgut für Grünland frischer Standorte zu verwenden oder das Heumischsaverfahren anzuwenden. Die Fläche ist anschließend als ein- bis zweischüriges Grünland zu bewirtschaften. Das Schnittgut ist abzutransportieren, eine Düngung ist unzulässig. Alternativ zur Mahdnutzung ist eine extensive Beweidung mit Schafen oder Rindern zulässig, falls erforderlich kann eine Nachmahd vorgenommen werden.

- 1.4.4 Die zum Erhalt festgesetzten Bäume sind zu pflegen und zu erhalten. Bei Abgang sind sie gleichwertig zu ersetzen.

1.5 Artenliste (Empfehlung):

Laubbäume 2. Ordnung:	
Acer campestre	- Feldahorn
Carpinus betulus	- Hainbuche
Prunus avium	- Vogelkirsche
Prunus padus	- Traubeneiche
Salix caprea	- Salweide
Sorbus aucuparia	- Vogelbeere

sowie bewährte standortgerechte einheimische Obstbaumsorten

Sträucher:	
Cornus mas	- Kornelkirsche
Cornus sanguinea	- Roter Hartriegel
Corylus avellana	- Gemeine Hasel
Ligustrum vulgare	- Gewöhnlicher Liguster
Rosa canina	- Hund-Rose
Rosa tomentosa	- Filz-Rose
Sambucus nigra	- Schwarzer Holunder
Viburnum lantana	- Wolliger Schneeball

Kletter- und Schlingpflanzen:	
Clematis vitalba	- Gewöhnliche Waldrebe
Hedera helix	- Gemeiner Efeu
Lonicera caprifolium	- Wohlriechendes Geißblatt
Lonicera periclymenum	- Waldgeißblatt
Vitis vinifera	- Echter Wein

Sedum-Kraut-Begrünung:
Empfehlung: Sedum-Kraut-Begrünung durch Trockenansaat von Kräutersamen und Ausstreuen von Sedum-Sprossen.

Auf die Grenzabstände für Pflanzungen gemäß §§ 38-40 Hess. Nachbarrechtsgesetz wird verwiesen.

1.6 Art der baulichen Nutzung / zulässige Vorhaben / Durchführungsvorgang

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 12 Abs. 3a BauGB und § 9 Abs. 2 BauGB sind innerhalb der Gewerbegebiete lfd. Nr. 3 und 4 nur solche Vorhaben zulässig, zu denen sich der Vorhabenträger im Durchführungsvorgang verpflichtet hat.

2 Bauordnungsrechtliche Gestaltungsvorschriften (BauGB i.V.m. HBO -integrierte Orts- und Gestaltungssatzung)

- 2.1 Dachgestaltung gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 HBO:
- 2.1.1 Zulässig sind Sattel-, Waln- und Pultdächer (auch versetzte) mit einer Dachneigung von mind. 25°.
- 2.1.2 Dächer mit einer Dachneigung von unter 10° sind jeweils zu einem Anteil von mind. 80 % in extensiver Form mit einer Sedum-Kraut-Begrünung zu versehen (vgl. Artenliste). Dachflächen, die für die Nutzung / Gewinnung solarer Strahlungsenergie herangezogen werden sowie untergeordnete Dachflächen, wie z.B. Zweischürgebau Dachflächen, Garagen und sonstige Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO sind hiervon ausgenommen.
- 2.2 Grundstücksfreiflächen im Allgemeinen Wohngebiet (WA1) gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 Nr. 5 HBO:
- Mindestens 80 % der Grundstücksfreiflächen (e nicht überbaubare Grundstücksfläche laut GRZ) sind als Gärten, Pflanzzeit oder naturnahe Grünfläche anzulegen. Davon sind mindestens 30 % mit einheimischen, standortgerechten Laubgehölzen zu bepflanzen. Es gilt 1 Laubbaum je 50 m², ein Strauch je 5 m² Grundstücksfläche. Für Empfehlungen siehe Artenliste. Sträucher sind in Gruppen von jeweils 4-8 Exemplaren einer Art zu pflanzen. Der Bestand und die nach Bauplanungsrecht vorzunehmenden Anpflanzungen können zur Anrechnung gebracht werden.

3 Hinweise und nachrichtliche Übernahmen (§ 9 Abs. 6 BauGB)

- 3.1 Stellplätze
Die Garagen und Stellplätze betreffenden Festsetzungen werden subsidiär durch die Vorschriften der Stellplatzsatzung der Stadt Solms in der zum Zeitpunkt der Bauantragstellung geltenden Fassung ergänzt.
- 3.2 Verwertung von Niederschlagswasser
Niederschlagswasser soll ortsnah versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen (§ 55 Abs. 2 Satz 1 WHG).
- 3.3 Löschwasser
Löschwasserentnahmemeinrichtungen sind nach DIN14230 (Löschwasserbehälter) bzw. DIN 14210 (Löschwasserentnahme) zu gestalten. Einzelheiten sind mit der zuständigen Brandschutzstelle abzustimmen.
- 3.4 Denkmalschutz
Bei Erdarbeiten können jederzeit Bodendenkmäler, wie Mauern, Steinsetzungen, Bodenverfärbungen und Fundamente, z.B. Scherben, Steingeräte, Skelettreste entdeckt werden. Diese sind nach § 21 HDStG unverzüglich dem Landesamt für Denkmalpflege, Hessen, Archäologische Denkmalfolge oder der Unteren Denkmalschutzbehörde zu melden. Funde und Fundstellen sind in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise bis zu einer Entscheidung zu schützen (§ 21 Abs. 3 HDStG).

3.5 Artenschutz

Von einer Rodung von Bäumen und Gehölzen ist während der Brut- und Setzzeit (01. März bis 30. September) gemäß § 39 BNatSchG abzuheben. Sofern Rodungen in diesem Zeitraum notwendig werden, sind die betroffenen Bereiche zeitnah vor Beginn der Maßnahme durch einen Fachgutachter auf aktuelle Brutvorkommen zu kontrollieren. Außerhalb der Brut- und Setzzeit sind Baumhöhlen vor Beginn von Rodungsarbeiten von einem Fachgutachter auf überwältigende Arten zu überprüfen. Vor Abbruch-, Umbau und Sanierungsmaßnahmen sind die betroffenen baulichen Anlagen von einem Fachgutachter auf Vorkommen von gebäudebewohnenden Tieren zu überprüfen.

3.6 Telekom

Entlang der Randzonen des Planbereichs befinden sich hochwertige Telekommunikationsanlagen der Telekom sowie Telekommunikationslinien für die telefonische Versorgung der Gebäude im südlichen Bereich.

3.7 EAM Netz GmbH

Im Plangebiet befinden sich Stromversorgungsleitungen (Niederspannungs- und Straßenbeleuchtungskabel). Die Betriebssicherheit der Versorgungsleitungen darf zu keiner Zeit beeinträchtigt werden. Sämtliche Bauarbeiten im Bereich der vorhandenen Leitungen, speziell höhenmäßige Veränderungen des vorhandenen Geländes, sind zwingend mit der EAM Netz abzustimmen. Weiter Informationen siehe in der Begründung zum Bebauungsplan.

3.8 RP Gießen Dezernat 41.4 Altstätten

Im südlichen Planbereich befindet sich eine Altstättenverdrängungsfläche (Altstandort / Sägewerk) mit der Schlüsselnummer 532.021.030-001.007. Im Zuge künftiger Erdstuhbumnahmen kann es jedoch bei allen - auch bei bereits untersuchten und sanierten - Altstätten punktuell zum Anfall von verunreinigtem Boden aus der Vornutzung kommen. Es wird daher empfohlen, Erdarbeiten auf dem Grundstück des ehemaligen Sägewerks durch einen unabhängigen sachverständigen Gutachter/in begleiten zu lassen.

Verfahrensvermerke:

Der Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB wurde durch die Stadtverordnetenversammlung gefasst am	22.07.2014
ergänzt am	09.04.2019
Der Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB wurde ortsüblich bekanntgemacht am	04.07.2019
Die Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde ortsüblich bekanntgemacht am	04.07.2019
Die Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte in der Zeit vom bis einschließlich	10.07.2019 12.08.2019
Die Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wurde ortsüblich bekanntgemacht am	16.07.2020
Die Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erfolgte in der Zeit vom bis einschließlich	27.07.2020 28.08.2020

Der Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB sowie § 5 HGO i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB und § 91 HBO erfolgte durch die Stadtverordnetenversammlung am

Die Bekanntmachungen erfolgten in den Stadtnachrichten Solms und Braunfels.

Ausfertigungsvermerk:

Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieses Bebauungsplanes mit den hierzu ergangenen Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung übereinstimmt und dass die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften eingehalten worden sind.

Solms, den _____

Bürgermeister

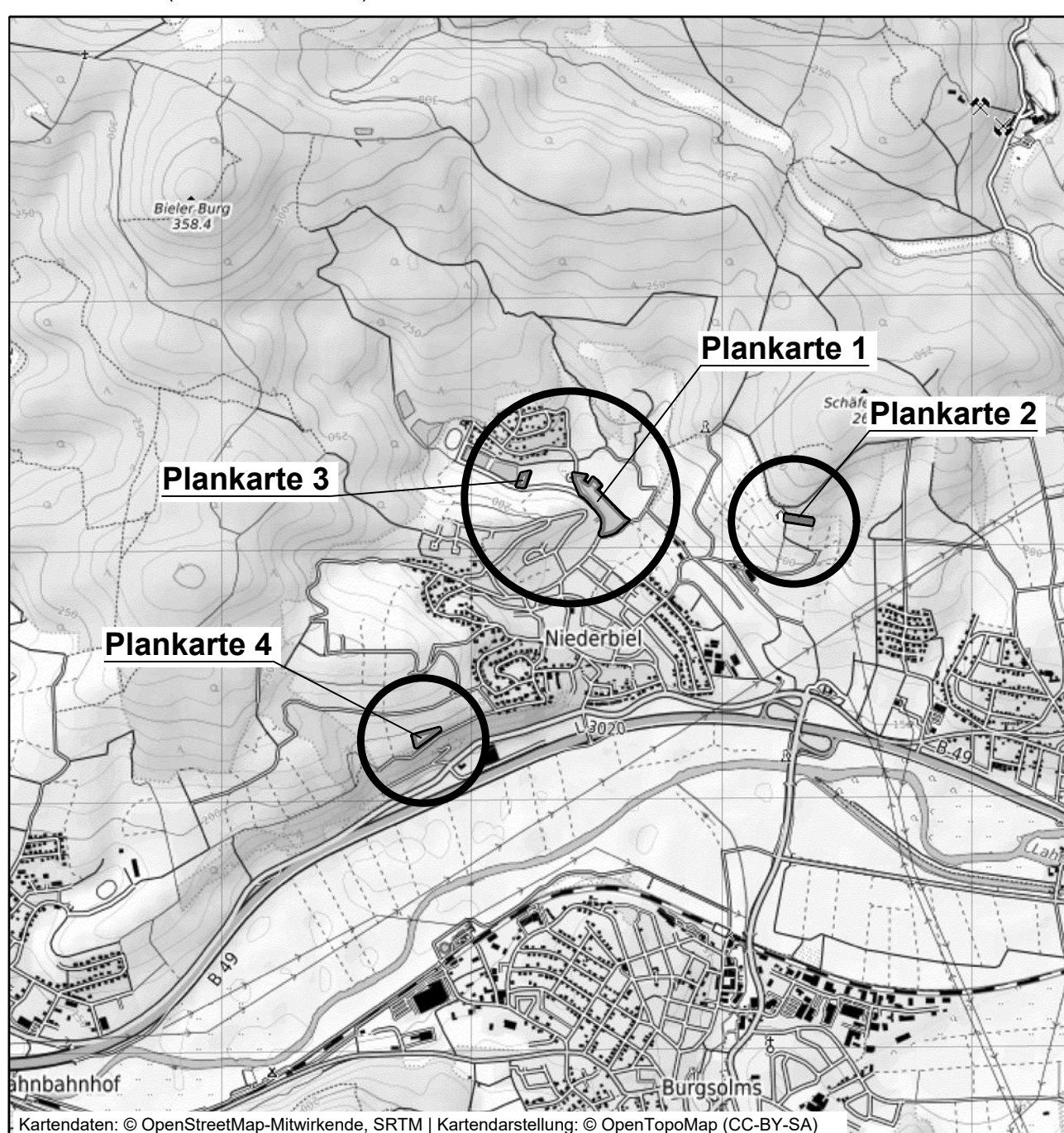
Rechtskraftvermerk:

Der Bebauungsplan ist durch ortsübliche Bekanntmachung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft getreten am: _____

Solms, den _____

Bürgermeister

Übersichtskarte (Maßstab 1 : 25.000)



Kartenmaterial: © OpenStreetMap-Mitglieder, SRTM | Kartendaten: © OpenMap CC-BY-SA

Planungszone Fischer, Im Nordpark 1, 30435 Wellerode, Tel. 0641 99441 22, Fax 0641 99441 105	Stand: 23.08.2018 09.06.2019 18.10.2019 09.07.2020 06.11.2020
Stadt Solms, Stadtteil Niederbiele Bebauungsplan Nr. 17 und VBP "Berghäuser Straße"	Bearbeiter: Ulfert, Fieber CAD: Weilsen
2. Änderung und Erweiterung Satzung	Maßstab: 1 : 1.000